



Niederschrift

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Ordnung

Termin Dienstag, 16.11.2010, 17:00 bis 20:15 Uhr

Ort Rathaus
Großer Sitzungssaal

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1	Regularien
1.1	Eröffnung der Sitzung
1.2	Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
1.3	Feststellung der Beschlussfähigkeit
1.4	Feststellung der Tagesordnung
2	Befangenheitsprüfung
3	Einwohnerfragestunde
4	Vorbereitung Brandschutzbedarfsplan Vorlage: 32-014-2010
5	Verkehrsführung Mozartstraße-Südstraße-Beethovenstraße Vorlage: 32-015-2010
6	Verkehrsführung August-Thyssen-Straße/Parkstraße Vorlage: 32-018-2010
7	Antrag des Seniorenrates auf Verlegung der Bushaltestellen in Rohdenhaus Vorlage: 32-019-2010
8	Neufassung der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Wülfrath Vorlage: 65/66-010-2010
9	Dichtheitsprüfung der privaten Abwasseranlagen gem. § 61a Landeswassergesetz NRW Vorlage: 65/66-009-2010
10	Energieausweise für öffentliche Gebäude Vorlage: III-014-2010
11	Stab für außergewöhnliche Ereignisse Vorlage: 32-017-2010
12	Ordnungspartnerschaft Vorlage: 32-016-2010
13	Mitteilungen und Anfragen

Protokoll

Öffentlicher Teil

TOP 1 Regularien

TOP 1.1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Ausschussmitglieder, den Vertreter der Polizei Wülfrath, Herrn Kessler, die Presse und die anwesenden Zuschauer, insbesondere Stadtbrandmeister René Rahner, der mit einer großen Gruppe Feuerwehrleute erschienen ist. Herr Rahner nimmt im Einverständnis der Ausschussmitglieder zum TOP 4 „Brandschutzbedarfsplan“ auf der Verwaltungsbank Platz.

TOP 1.2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung

Die ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt.

TOP 1.3 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

TOP 1.4 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird unverändert festgestellt.

TOP 2 Befangenheitsprüfung

Kein Ausschussmitglied erklärt sich für befangen.

TOP 3 Einwohnerfragestunde

Die Einwohnerin Frau Amtor fragt an, ob es möglich ist, mit Wülfrather Firmen Kontakt aufzunehmen, um auf die besonderen Belange der Freiwilligen Feuerwehr hinzuweisen und ihre Bereitschaft zu fördern, sich entsprechend für die Freiwillige Feuerwehr einzusetzen. Den Vorschlag von Frau Amtor, den Förderern der Freiwilligen Feuerwehr eine Plakette als sichtbare Anerkennung auszuhändigen, nimmt die Verwaltung gerne auf.

Der Einwohner Herr Dr. de Jong wünscht, dass die alte Einbahnstraßenregelung auf der Mozartstraße- Südstraße- Beethovenstraße wieder eingeführt wird, weil insbesondere bei Eis- und Schneeglätte die Fahrzeuge nicht mehr die Südstraße hoch kommen. Für ihn ist es nicht nach-



vollziehbar, dass es aufgrund von Unfallstatistiken bei der jetzigen Regelung bleiben soll. Herr Kessler (Polizei) macht in diesem Zusammenhang deutlich, dass es bei der jetzigen Einbahnstraßenregelung zu keinen Unfällen mehr gekommen ist, die auf Abbiegen beruhen, (insbesondere im Bereich Mozartstraße/ Düsselerstraße/ Goethestraße – Begegnungsverkehr) und dass die jetzige Regelung die erforderliche Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer bietet.

Herr Bantz bittet, auf die Belange der Radfahrer mehr Rücksicht zu nehmen und die Einbahnstraßen Mozartstraße- Südstraße- Beethovenstraße für die Radfahrer beidseitig freizugeben.

Herr Kohn als Anwohner der Parkstraße beklagt, dass diese im Winter oft nicht vom Schnee frei geräumt wird und dass es dann schwierig ist, die Parkstraße hoch zu fahren.

TOP 4 Vorbereitung Brandschutzbedarfsplan Vorlage: 32-014-2010

Ordnungsamtsleiter Herr Schneider attestiert der Freiwilligen Feuerwehr Wülfrath (FFW) hervorragende Arbeit. Er lobt die Feuerwehrmänner/-frauen, die stets hoch motiviert ihre Dienste zum Wohl der Wülfrather Bürgerinnen und Bürger erbringen.

Herr Schneider stellt in einer Power- Point -Präsentation die Problematik der Einhaltung der Hilfsfristen vor. Er bezieht sich dabei auf Unterlagen, die Stadtbrandmeister René Rahner zur Vorbereitung des Brandschutzbedarfsplanes zusammengestellt hat.

Die Ist-Analyse zeigt, dass bei zeitkritischen Einsätzen der FFW die festgesetzte Hilfsfrist von acht Minuten nicht im erforderlichen Umfang erreicht wird. Ursachen dafür sind zum einen der Umstand, dass viele Kräfte außerhalb Wülfraths berufstätig sind und zudem sich Probleme mit Arbeitgebern mehren, Mitarbeiter für Einsätze freizugeben. Auch führte die Auflösung der Werksfeuerwehr von tedrive zur Verschärfung der Situation.

Herr Schneider betont, dass die Feuerwehr technisch sehr gut ausgestattet ist, bei der personellen Ausstattung jedoch aus Sicherheitsaspekten dringender Handlungsbedarf besteht.

Bei einer Kooperation mit Velbert würde der Alarm bei allen zeitkritischen Einsätzen auch in der dortigen Wache auflaufen. Zeitmessungen bei Probealarmfahrten haben gezeigt, dass ein erster Hilfstrupp in der Hilfsfrist an Einsatzstellen in Wülfrath sein könnte.

Auf Anfragen einiger Ausschussmitglieder, teilt Herr Schneider mit, dass die Stadt Wülfrath bei einer Kooperation mit Velbert Personalkosten bis zu 4 Vollzeitstellen (Besoldung A 8) übernehmen müsste. Auf Anfrage von Frau Enke, teilt Herr Schneider mit, dass eine Kooperation mit der Stadt Mettmann nicht realisiert werden kann (Mettmann hat zu wenig Einsatzkräfte).

Alternativ käme die Einstellung vier hauptamtlicher Gerätewarte in Betracht, die im Alarmfall als erste ausrücken und ansonsten andere Arbeiten (umfangreiche Wartung der Geräte nach Einsätzen und anderes) erledigen könnten. Die vorgegebenen Hilfsfristen wären damit zu erreichen (in 80% der Einsätze ist die 1. Hilfsfrist von acht Minuten einzuhalten), auch viele kleine Einsätze abgedeckt und zudem Arbeitgeber entlastet. Herr Rahner teilt auf Anfrage mit, dass diese Stellen kurzfristig aus den Reihen der Feuerwehrangehörigen besetzt werden könnten.

Die Ausschussmitglieder stimmen Herrn Rahner zu, dass sich eine Übertragung der Leistungen auf die Stadt Velbert und die Übernahme der dortigen Personalkosten demotivierend auf die FFW auswirken würde. Sie favorisieren daher eine Lösung mit Wülfrather Personal.



Beschluss

Der Ausschuss für Umwelt und Ordnung fordert die Verwaltung auf, im Finanzausschuss am 08.12.2010 die Kosten für 4 Gerätewarte und die Personalkosten bei einer Zusammenarbeit mit der Stadt Velbert darzustellen. Der Ausschuss für Umwelt und Ordnung bevorzugt eine Wülfrather Lösung.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig	x
Zustimmung	
Ablehnung	
Enthaltung	

TOP 5 Verkehrsführung Mozartstraße-Südstraße-Beethovenstraße Vorlage: 32-015-2010

Verwaltung und Polizei sehen die Notwendigkeit, aus Gründen der Verkehrssicherheit die bestehende Einbahnstraßenregelung beizubehalten. Um dem Ansinnen der Anlieger entgegenzukommen (in der Einwohnerfragestunde wurde der Antrag gestellt, bei der alten Regelung zu verbleiben, da insbesondere bei starkem Schneefall die Autos nicht mehr die Südstraße hochkommen), soll dieser Bereich vorrangig gestreut werden.

Die Verwaltung überlegt zudem, an der Düsseler Straße im Bereich Beethovenstraße 1-2 Parkplätze wegzunehmen, um Linksabbiegern aus der Beethovenstraße bessere Sicht zu ermöglichen. Auch könnte die Verlängerung der 30-km Zone auf der Düsseler Straße (im oberen Bereich) zu einer Verbesserung der Einfahrtssituation führen.

Beschluss

Die jetzige Einbahnstraßenregelung in der Mozartstraße, Südstraße und Beethovenstraße wird beibehalten.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig	x
Zustimmung	
Ablehnung	
Enthaltung	

TOP 6 Verkehrsführung August-Thyssen-Straße/Parkstraße Vorlage: 32-018-2010

Herr Schneider stellt dar, dass insbesondere im oberen Bereich der Parkstraße regelmäßig falsch geparkt wird: Die Fahrzeuge stehen fast alle auf der linken Fahrbahnseite – wie bei einer Einbahnstraße. Zur Lösung des Problems wird deshalb vorgeschlagen, die Parkstraße zwischen der August-Thyssen-Straße und Düsseler Straße als Einbahnstraße auszuweisen. Herr Gatermann äußert, dass sich die Anlieger und anderen Verkehrsteilnehmer an der bisherigen Verkehrsführung gewöhnt haben und es sollte alles so belassen werden, wie es ist. Die Verwaltung sollte vielmehr das Falschparken ordnungsrechtlich ahnden (Knöllchen). Dieser Ansicht schließen sich die Ausschussmitglieder mehrheitlich an und halten eine Änderung der Verkehrsführung für nicht erforderlich.



Beschluss

Die Parkstraße wird im Teil zwischen Einmündung August-Thyssen-Straße und Düsseler Straße mit Fahrtrichtung Düsseler Straße als Einbahnstraße ausgewiesen.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig	-
Zustimmung	1
Ablehnung	10
Enthaltung	2

TOP 7 Antrag des Seniorenrates auf Verlegung der Bushaltestellen in Rohdenhaus Vorlage: 32-019-2010

Herr Schneider informiert über eine von der Verwaltung in 1999 durchgeführte Befragung. Von 1.117 ausgeteilten Fragebögen an die Bewohner/innen im Ortsteil Rohdenhaus gab es 705 Rückantworten (63%). Bei 41 Enthaltungen sprachen sich damals 434 Bewohner/innen für die Beibehaltung der Haltestelle auf der Flandersbacher Straße und 230 Anlieger für die kundenfreundliche Umlegung der Bushaltestelle zur Straße Am Kliff aus.

Die Verwaltung unterstützt grundsätzlich alle Maßnahmen, die Belange älterer und mobilitätseingeschränkter Personen berücksichtigen und im ÖPNV mehr Komfort für die Nutzer bieten. Die Verwaltung wird alle Möglichkeiten der Verlegung der Bushaltestelle von der Flandersbacher Straße in die Wohnsiedlung und Straße Am Kliff prüfen:

1. Abstimmungsgespräche mit den Busbetrieben (Rheinbahn und BVR) und Festlegung eines möglichen Haltestellenstandortes
2. Ermittlung des Aufwandes für Demontage der alten Haltestellen und barrierefreien Ausbau der möglichen neuen Haltestellen
3. Prüfung von Fördermöglichkeiten
4. Möglichkeiten der Finanzierung des städtischen Eigenanteils bei einer Förderung
5. Prüfung Winterverkehr und Parksituation.

Verwaltung und Ausschuss sind sich einig, dass eine erneute Befragung der Anwohner nicht erforderlich ist.

Beschluss

Die Verwaltung wird beauftragt, die Möglichkeiten und Umsetzung einer Verlegung der Buslinien im Ortsteil Rohdenhaus über die Straßen Angerweg und Am Kliff zu prüfen.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig	x
Zustimmung	-
Ablehnung	-
Enthaltung	4

TOP 8 Neufassung der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Wülfrath Vorlage: 65/66-010-2010

Ausschussvorsitzender Herr Homberg liest die Anregungen der Unteren Abfallwirtschaftsbehörde im Einzelnen vor. Das Schreiben des Kreises v. 12.11.2010 mit den Änderungsvor-



schlägen und der Zustimmung zur Satzung wurde den Ausschussmitgliedern per E-Mail zugesandt (Schreiben s. Anlage). Verwaltung und Ausschuss halten die kleinen Änderungsvorschläge für sinnvoll. Auch die von Frau Enke vorgetragene redaktionelle Änderung (Absatz einfügen in § 2 (2) Pkt. 2/ letzter Satz) wird in die Satzung eingearbeitet.

Beschluss

Die neugefasste Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Wülfrath (Abfallentsorgungssatzung) wird -mit den ergänzenden Anregungen des Kreises Mettmann und der Einfügung eines Absatzes in § 2, Abs. 2, Pkt.2 – beschlossen.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig	x
Zustimmung	
Ablehnung	
Enthaltung	-

TOP 9 Dichtheitsprüfung der privaten Abwasseranlagen gem. § 61a Landeswassergesetz NRW Vorlage: 65/66-009-2010

Frau Breekweg-Borgards erläutert, dass bereits im Internet ausführliche Informationen und Listen mit renommierten Firmen (auch Wülfrather Unternehmen) über Dichtheitsprüfungen abrufbar sind und sieht die Stellenbesetzung mit Beratungsfunktion als nicht notwendig an. Herr Klatt hält eine qualifizierte Beratung vor Ort im Interesse aller betroffenen Grundstückseigentümer für unverzichtbar und stellt dar, dass die Erfüllung dieser neuen Aufgabe insbesondere aufgrund des erheblichen zeitlichen Mehraufwandes durch eigenes Personal auf keinen Fall geleistet werden kann.

Auf Anfrage von Herrn Herbes empfiehlt die Verwaltung, bei Grundstücken, wo bereits jetzt der Kanalanschluss saniert oder neu eingebaut wird, vom Unternehmer eine Dichtheitsüberprüfung vornehmen zu lassen, was für den Eigentümer zu einer Kosteneinsparung führt.

Beschluss

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage mit der finanziellen Auswirkung für die Haushaltsjahre 2012-2015 zur Kenntnis.

TOP 10 Energieausweise für öffentliche Gebäude Vorlage: III-014-2010

Ergänzende Anmerkung der Verwaltung:

Aushangexemplare der Energieausweise sind nur eine zusammenfassende Darstellung, welche die Verbräuche des gesamten Gebäudekomplexes auf einem DIN A4 Blatt zeigen. Wo möglich, sind auch Maßnahmenvorschläge in den Langfassungen der Ausweise enthalten, die teilweise auch Alt- und Neubau getrennt beschreiben. Bei größeren Gebäudesanierungen, die den Wärmebedarf beeinflussen, werden üblicherweise neue Energieausweise erstellt.

Der Vorschlag von Frau Breekweg-Borgards, in den Schulen wieder Wettbewerbe zum Energiesparen durchzuführen, wird auch vom Ausschussvorsitzenden sehr begrüßt.



TOP 11 Stab für außergewöhnliche Ereignisse
Vorlage: 32-017-2010

Herr Schneider stellt die aktuelle Dienstanweisung vor. Die ergänzenden Anlagen (z.B. Adressenverzeichnis mit Einrichtungen und Ansprechpartnern) werden ständig eingepflegt.

TOP 12 Ordnungspartnerschaft
Vorlage: 32-016-2010

Herr Schneider und Herr Kessler stellen die Ordnungspartnerschaft näher vor. So arbeiten Polizei, Ordnungs- und Jugendamt zum Beispiel bei Veranstaltungen, Volksfesten, Begehungen von Spielplätzen/Grünflächen (Vorbeugung von Vandalismusschäden) und im Jugendschutz (z.B. Alkoholkonsum) eng zusammen. Die Ordnungspartnerschaft verursacht keine Kosten. Bereits in der Vergangenheit bestand eine enge Zusammenarbeit zwischen Polizei und Ordnungsamt. Neu an dieser Ordnungspartnerschaft ist, dass ein Handlungsplan vereinbart wurde, der jährlich daraufhin zu prüfen ist, welche zusätzlichen begleitenden Maßnahmen erforderlich sind.

TOP 13 Mitteilungen und Anfragen

Parkraumbewirtschaftung

Herr Schneider teilt mit, dass das Thema „Parkscheinautomaten“ in Bearbeitung ist und in einer der nächsten Sitzungen des AUO vorgestellt wird.

Kastration von Katzen

Herr Schneider informiert über einen Antrag des Tier- und Naturschutzvereines zur Verpflichtung der Kastration von Katzen. Die rechtliche Prüfung dazu ist noch nicht abgeschlossen.

Fortschreibung des 2. Nahverkehrsplanes (NVP)

Frau Eberle informiert über eine Auftaktveranstaltung zur Fortschreibung des NVP. Die Stadt wird in den Arbeitsgruppen, die der Kreis Mettmann zusammen mit Gutachterbüros im nächsten Jahr durchführt, vertreten sein. Über die Beratungsergebnisse und den Fortgang des Aufstellungsverfahrens wird die Verwaltung in den Sitzungen des AUO berichten. Anregungen aus der Politik und der Bürgerschaft können in den Fortschreibungsprozess eingebracht werden.

Maßnahmen der WSW mobil

Frau Eberle informiert darüber, dass die WSW zum Fahrplanwechsel am 9.1.2011 Angebotsanpassungen im Busverkehr durchführen wird. Im Wülfrather Stadtgebiet wird es kleinere Anpassungen bei den Buslinien 601 und 641 geben. Die Neuerungen wirken sich positiv für die Fahrgäste aus, sie bieten bessere Anschlüsse für durchfahrende Kunden und optimale Abfahrts-/Ankunftszeiten für Schüler.

Abstimmungsvereinbarung zur Miterfassung von PPK- Verpackungen

Frau Eberle informiert darüber, dass die Duale System Deutschland GmbH eine neue Abstimmungsvereinbarung mit Veränderung der PPK- Massenanteile zu Ungunsten der Stadt vorgelegt hat. Auf Anraten des Kreises Mettmann und des Städte- und Gemeindebundes werden die vom DSD vorgelegten Vereinbarungen von allen Städten noch nicht unterzeichnet.

Abfall- und Umweltkalender 2011

Frau Eberle informiert darüber, dass der neue Kalender in Druck ist. Es wird Themenseiten unter anderem zur neuen Biotonne und zum Panorama-Radweg Niederbergbahn geben.



Martinszug - Freistellungserklärung

Herr Herbes informiert darüber, dass die Pfadfinder nicht bereit sind, der Verwaltung gegenüber die Freistellung von allen Ersatzansprüchen bei Durchführung des Martinszuges zu erklären. Die Pfadfinder sehen sich aufgrund der angeforderten Freistellungserklärung nicht mehr in der Lage, den seit 32 Jahren organisierten Zug in Zukunft fortzuführen. Herr Schneider sagt zu, die Angelegenheit nochmals zu überprüfen. Der Ausschuss sieht eine Informationsveranstaltung für alle ehrenamtlichen Veranstalter durch das Ordnungsamt oder den Stadtkulturbund, ebenso die Veröffentlichung eines Leitfadens für die Durchführung von Veranstaltungen als hilfreich an.

Antrag des Seniorenrates Kommunalfriedhof

Auf Anfrage nach dem Sachstand zum Antrag des Seniorenrates auf Humanisierung des anonymen Teils des Kommunalfriedhofes sagt die Verwaltung eine Prüfung zu.



anwesend

SE-Tier-u.Natursch.-Verein -beratend

Herr Benjamin Hann

SE-BUND, beratend

Herr Goetz Lederer

Seniorenrat-beratend

Herr Werner Buckard

SB-stimmberechtigt

Herr Horst Dahmann
Herr Sascha Dellmann
Herr Lothar Hofer
Herr Joachim Koch

Ratsmitglied

Herr Hans-Joachim Czerwonka
Frau Barbara Enke
Herr Detlef Gatermann
Frau Elisabeth Gawrych
Herr Andre Herbes
Herr Dr. Frank Homberg
Herr Carsten Klein
Herr Andreas Seidler

Verwaltungsmitarbeiter/in

Frau Sieglinde Breekweg-Borgards
Frau Ulrike Eberle
Herr Reinhard Schneider
Frau Christiane Singh

Herr Ulrich Kessler
Herr Frank Klatte

Wülfrath, den 07. Dezember 2010



()
Ausschussvorsitzende/er

(Ulrike Eberle)
Schriftführer/in